

10.3.2012

**LESERBRIEFE****Soziale Aspekte  
mehr berücksichtigen**

Zu Ihrem Artikel „Mieter werden nach Sanierung zur Kasse gebeten“ (Ausgabe vom 8. März):

Ja, es ist richtig, dass man im Hallschlag lange noch preiswerte Wohnungen finden konnte.

Und ja, es ist auch richtig, dass es gerade im Hallschlag dem politischen Willen wohl aller Gemeinderatsfraktionen entspricht, auch durch Modernisierungen (und teilweise durch Abriss und Neubau) der Wohnimmobilien zu einer Aufwertung des Gebietes zu kommen.

Und ja, die Modernisierungsmieterhöhung ist gesetzlich geregelt: elf Prozent der Kosten der baulichen Maßnahmen kann der Vermieter auf die Jahresmiete der Mieter umlegen, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.

Aber die Frage sollte erlaubt sein: Ist es sinnvoll, in allen Fällen nach der Modernisierung die Kaltmieten um 60 Prozent zu erhöhen? Ich denke: nein. Denn preiswerten Wohnraum wird man bei einem solchen Vorgehen dann schon bald nirgends mehr finden. Da hilft auch der Hinweis der SWSG nicht, dass nach der Mieterhöhung die durchschnittliche Miete bei „nur“ 85 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen wird. Ohne preiswerten Wohnraum kann eine Stadt nicht funktionieren. Denn es gibt eine ganze Reihe von Berufen, in denen der Verdienst äußerst gering ist. Man denke nur an Friseur, Kindergärtner/innen, Krankenpfleger/innen und so weiter. Ohne die Menschen, die diese schlecht bezahlten Dienstleistungen anbieten, geht es aber nicht. Auch für diese Einkommensgruppen muss es in der Stadt vernünftigen Wohnraum geben und zwar deutlich unter der ortsüblichen Vergleichsmiete und nicht konzentriert an einem Ort, sondern in preislich durchmischten Wohngebieten. Bei einem städtischen Wohnungsbauunternehmen sollten derlei Aspekte eigentlich von sich aus Berücksichtigung finden. Wenn nicht, dann muss die Politik sich einschalten.

**Stefan Conzelmann**  
**Darmstädter Straße**  
**Bad Cannstatt**